

Heiners achter persönlicher Brief aus dem Bundeshaus

Herbstsession, 19. September – 7. Oktober 2005

Bald Halbzeit erreicht

Auch bei der parlamentarischen Arbeit vergeht die Zeit wie im Fluge. Was die Sessionen betrifft, hatten wir Ende der Herbstsession Halbzeit. Die nächsten Wahlen werden am 21. Oktober 2007 stattfinden. Die Wintersession und damit die kommende Legislaturperiode wird am 3. Dezember 2007 beginnen. Der jetzt amtierende Nationalrat wird somit bis zum 2. Dezember 2007 im Amt sein. Damit ist die eigentliche Halbzeit sehr bald erreicht.

Strommarktöffnung und Asyl- und Ausländergesetz als Schwerpunkte

In der ersten Sessionswoche standen die etappenweise Öffnung des Strommarktes sowie mehr Gelder für erneuerbare Energien im Zentrum. Ruedi Aeschbacher (EVP/ZH) als Mitglied der Umweltkommission engagierte sich hier ganz besonders. Als EVP dürfen wir mit dem Resultat zufrieden sein; die entsprechenden Gesetzesvorlagen gehen an den Ständerat. Beim Asyl- und beim Ausländergesetz war Walter Donzé (EVP/BE) als Mitglied der Staatspolitischen Kommission gefordert. Wir führten in der zweiten Sessionswoche die Differenzbereinigung durch. Leider zog der Nationalrat bei beiden Gesetzen eine harte Linie durch. Differenziertes Argumentieren – wie es Walter Donzé auf gute Weise tat – hatte keine Chance. Nach der anschliessenden Differenzbereinigung durch den Ständerat werde ich mich gerne zum Pro- und Kontra dieser Gesetze wertend äussern.

Ausländergesetz / Ausführlichkeit der Berichterstattung

Ich engagierte mich am 28.9.2005 nach Absprache mit Walter Donzé für eine Formulierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Ich benütze die Gelegenheit, um die Kommissionssprechenden darauf hinzuweisen, dass sie wie auch schon die Berichterstatter des Asylgesetzes ihre Ausführungen zu wenig aufteilten und damit viel Zeit in Anspruch nahmen. Da der deutschsprachige Kommissionssprecher mich missverstand, wies ich anschliessend auf unser Geschäftsreglement hin, wo festgehalten ist, dass die Berichterstatterinnen und Berichterstatter ihre Erläuterungen untereinander aufteilen. Da steht im Amtlichen Bulletin, d.h. im Protokoll des Nationalrates, in Klammern: Beifall.

Aenderung Obligationenrecht. Transparenz betreffend Vergütungen an Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung

Namens unserer Fraktion teilte ich am 28.9.2005 bei der Differenzbereinigung mit, dass wir alle Anträge unterstützen, welche grösstmögliche Transparenz sicherstellen. Der Vorlage, welche eine bessere, jedoch leider nicht optimale Transparenz über die Entschädigungen bringt, stimmten am 7.10.2005 in der Schlussabstimmung National- und Ständerat zu.

Beziehungen zur Uno und zu den internationalen Organisationen mit Sitz in der Schweiz und Zwischenbericht zu den Millenniumsentwicklungszielen

Namens der EVP-Vertreter äusserte ich mich am 29.9.2005 positiv zum schweizerischen Einsatz im Rahmen der UNO, insbesondere im Bereiche der Menschenrechte und Friedensförderung. Ich äusserte mich aber enttäuscht darüber, dass das finanzielle Engagement der Schweiz weit vom erklärten Ziel entfernt ist. Von den Berichten war lediglich Kenntnis zu nehmen.

Finanzierung der Exportförderung. 34 Millionen Franken für die Jahre 2006/07

4.10.2005: „Heiner Studer (evp., Aargau) erachtet den Kredit als vernünftig und gerechtfertigt. Bezüglich der ethischen Grundsätze (Vollzug des Postulates von Walter Donzé, hst) haben wir weitergehende Erwartungen (NZZ).“ Der Nationalrat stimmte der Vorlage in der Gesamtabstimmung zu.

Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung

5.10.2005: „Heiner Studer (evp., Aargau) begrüsst die Vorlage. Sie bringt eine Lösung, die nächste Schritte praktikabler macht (NZZ).“ Bei der Detailberatung hielt ich fest, dass der Bund dann das Recht zum Entscheiden haben muss, wenn sich die Kantone nicht einigen. Der Nationalrat stimmte der Vorlage als Erstrat zu. Sie geht an den Ständerat.

Parlamentarische Vorstösse.

Am 2.6.2005 reichte ich eine Anfrage betreffend unverantwortliche Schwulen-Broschüre „Selbstverständlich“ ein. Ich stelle dem Bundesrat insbesondere die Frage, ob er nicht auch der Meinung sei, dass diese Broschüre aufgrund der darin veröffentlichten Bilder und den Anleitungen zu diversen Sexualpraktiken für Jugendliche, welche auf der Suche nach ihrer sexuellen Identität sind, unhaltbare tendenziöse Informationen vermittelt und diese Broschüre den Schulen deshalb nicht angeboten werden darf. In seiner Antwort vom 31.8.2005 bestätigte der Bundesrat, dass diese Schrift für die Schulen nicht geeignet ist, bewertet sie im übrigen leider unverständlicherweise als gut. Bundesstellen waren bei der Erarbeitung nicht beteiligt. Bundesmittel flossen keine ins Projekt.

Am 17.6.2005 reichte ich eine Interpellation betreffend Rückstand der Schweiz bei den Millenniumsentwicklungszielen ein. Ich stelle dem Bundesrat die Frage, ob er bereit sei, das Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die öffentliche Entwicklungshilfe zu setzen, welche Massnahmen er bereit sei zu treffen im Hinblick auf die Steuer-Kapitalflucht sowie der Geldwäscherei, welche Konsequenzen er aus diversen Misserfolgen von Privatisierungen zieht und ob der Bundesrat bereit sei, vermehrt auf Public-Public-Partnerships zu setzen, nachdem die Schweiz international anerkannt gut funktionierende öffentliche Betriebe hat. Von der Antwort vom 7.9.2005 war ich nicht befriedigt.

Mein im Dezember 2000 eingereichtes Postulat für die Erhöhung der Steuern auf Spirituosen wurde nach zweijähriger Nichtbehandlung abgeschrieben. Mein anschliessend am 21.3.2003 eingereichtes Postulat mit gleicher Zielrichtung war der Bundesrat bereit, entgegenzunehmen. Es wurde nach zwei Jahren Nichtbehandlung ebenfalls abgeschrieben. Nachdem der Bundesrat aufgrund des Alkoholgesetzes für die Höhe der Schnapssteuern zuständig ist, stellte ich ihm in einer Anfrage am 17.6.2005 folgende Frage: „Ist der Bundesrat endlich bereit, die Steuern auf Spirituosen mit dem Hauptziel der Konsumverminderung zu erhöhen?“ In seiner Antwort vom 23.9.2005 hielt der Bundesrat fest, dass er zum Schutz kleinerer einheimischer Produzenten nicht bereit sei, eine Steuererhöhung vorzunehmen. Weil der Bundesrat zuständig ist, lässt sich leider nichts machen.

Am 6.10.2005 reichte ich eine Interpellation zur Verkehrssituation rund um den Bareggunnel auf der N1 ein. Die Verkehrszunahme seit der Eröffnung führte mich zu kritischen Fragen betreffend Mehrverkehr, insbesondere zur folgenden: „Ist er (der Bundesrat) insbesondere bereit, weiteren Ausbauwünschen von Anfang an eine klare Absage zu erteilen?“

Das Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit stellt in unserem Rechtsstaat einen wesentlichen Mangel dar. Das Bundesgericht sollte überprüfen können, ob Bundesgesetze gegen die Verfassung oder das Völkerrecht verstossen. Die entsprechende parlamentarische Initiative von Otto Zwygart (EVP/BE) lehnte der Nationalrat am 2.10.2000 ab. Ich reichte am 7.10.2005 eine neue parlamentarische Initiative zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit ein. Diese wird zuerst der Rechtskommission des Nationalrates zugeleitet.

Als Folge der Armutskonferenz der Evangelischen Volkspartei der Schweiz vom 17.9.2005 reichte ich am 7.10.2005 folgende drei Vorstösse ein:

Interpellation betreffend Entwicklungszusammenarbeit. Fahrplan für die Erhöhung auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes und neue Finanzierungsinstrumente. Diese Interpellation ist von Kolleginnen und

Kollegen aus allen Fraktion mitunterzeichnet; zu den Mitunterzeichnenden gehört die Mehrheit der Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission.

Motion Steuerhinterziehung zum Vergehen erklären. Der Bundesrat wird eingeladen, eine Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches vorzulegen, welche die Steuerhinterziehung zum Vergehen erklärt. Dieser Straftandbestand würde die internationale Rechtshilfe auch für dieses Delikt ermöglichen. Heute ist Rechtshilfe nur beim Vorliegen eines Abgabebetrages möglich. Diese Gesetzesänderung würde zu einer gezielten Oeffnung des Bankgeheimnisses führen.

Postulat für eine restriktive Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes. Der Bundesrat wird eingeladen, die im Artikel 22 des Kriegsmaterialgesetzes enthaltenen Kriterien für die Herstellung, Vermittlung, Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial äusserst restriktiv zu handhaben.

Veranstaltungen und Begegnungen während der Herbstsession

Ich durfte während der Session verschiedene Einzelgäste begrüssen. Alt Nationalrat Max Dünki (EVP/ZH) war mit einer Gruppe von Leiterinnen und Leitern von Einwohnerkontrollen im Bundeshaus. Unter seiner Leitung diskutierten mein Kollege Boris Banga (SP/SO) und der Berichterstatter mit diesen hoch motivierten Besucherinnen und Besuchern.

Nachfolgend die Veranstaltungen, die ich besuchte, und die wesentlichsten Begegnungen, die ich hatte.

- Einladung der Botschafterin der USA an den parlamentarischen Verein Schweiz-USA zum Nachtessen in der Residenz der USA (19.9.2005).
- Begegnung mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Zivilgesellschaft Tschetscheniens (20.9.2005).
- Nachtessen mit einer Delegation des Parlamentes von Finnland (20.9.2005).
- Referate mit Mittagessen der parlamentarischen Gruppe Berggebiete (21.9.2005)
- Mittagessen mit Kurzreferaten bei der Gewerkschaft Travail Suisse (27.9.2005).
- Einladung ins „Stade de Suisse“ (Wankdorf); Nachtessen und Fussballspiel der Champions League Thun – Sparta Prag (27.9.2005).
- Parlamentarische Gruppe Schweiz – Cuba; Aussprache über schweizerisches Engagement (28.9.2005).
- Vorbereitung einer Tagung für Geschwisterlichkeit in der Politik, mit Mittagessen (3.10.2005)..
- Tag der deutschen Einheit; Einladung in die Residenz der deutschen Botschaft (3.10.2005).
- Frühstück mit der Leitung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (4.10.2005).
- Gespräch mit Apero mit einer Vertretung der Chiropraktoren in der Schweiz (4.10.2005).
- Gespräch und Mittagessen im kleinen Kreis mit der Spitze von Mc Donalds Schweiz (5.10.2005).
- Besuch der Jungen EVP der Schweiz; Information und Aussprache (5.10.2005).
- Abendveranstaltung auf Einladung der Vertretung Taiwans in der Schweiz (5.10.2005).
- Gespräch mit Parlamentariern von Schweden (6.10.2005).

Vision für die Schweiz – eidgenössische Besinnung

Am 6.10.2005 fand zum achtenmal die „Vision für die Schweiz – eidgenössische Besinnung“ für Führungskräfte statt. Jedes Jahr überbringt der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin ein Grusswort. Diesmal war Bundespräsident Samuel Schmid dran. Das Hauptreferat hielt Professor Rudolf Steiger über Leiterschaft in schwieriger Zeit. Bei der Vision bin ich Vizepräsident der parlamentarischen Gruppe und leite die Arbeitsgruppe, welche die jährliche Veranstaltung vorbereitet .

100 Jahre Norwegen – Begegnung mit Parlamentspräsident Jörgen Kosmo

Vor genau 100 Jahren trennte sich Norwegen friedlich von Schweden. Die Trennung von Dänemark geschah bereits im Jahre 1814. Vor der Session, am 16. September 2005, weilte der Parlamentspräsident von Norwegen, Jörgen Kosmo, als Gast von Nationalratspräsidentin Thérèse Meyer-Kaelin in Bern. Ich wurde zum politischen Gespräch, zum Mittagessen im kleineren Kreis, zum Vortrag am Nachmittag und am Abend zusammen mit meiner Frau Marit, sie ist gebürtige Norwegerin, zum Essen in die Residenz des Botschafters von Norwegen eingeladen. Die Begegnungen mit Botschafter Lars Petter Forberg und seiner Frau Britt schätze ich sehr.

Sehr gute EVP-Präsenz bei den Abstimmungen mit Namensliste

Wenn 30 Ratsmitglieder es verlangen, wird bei einer Abstimmung eine Liste ausgedruckt, auf welcher zu entnehmen ist, wer wie stimmte. Bei 499 solcher Abstimmungen in den letzten zwei Jahren war (laut SonntagsBlick) Walter Donzé an 4,2 % der Abstimmungen nicht dabei, ich war an 7,8 % der Abstimmungen nicht dabei und Ruedi Aeschbacher an 14,0 % nicht dabei. Die beste Abstimmungspräsenz zeigt die EVP/EDU-Fraktion, deren Mitglieder im Durchschnitt an 11,5 % der Abstimmungen nicht dabei waren, gefolgt von der Grünen Fraktion. Die Nichtregierungsfraktionen sind bezüglich Präsenz vorbildlicher als die Bundesratsfraktionen.

Wiederwahl als Gemeinderat und Vizeammann von Wettingen

Am 25. September 2005 – zwischen der ersten und zweiten Sessionswoche – fanden in meiner Wohngemeinde Wettingen, mit 18'500 Einwohnerinnen und Einwohnern die grösste Gemeinde des Kantons Aargau, die Gemeindewahlen statt. Ich wurde mit der zweithöchsten Stimmenzahl als Mitglied des 7köpfigen Gemeinderates (Exekutive) wiedergewählt. Von den gültig Wählenden schrieben 73 Prozent meinen Namen auf ihren Stimmzettel. Dafür bin ich sehr dankbar. Die neue Amtsperiode wird am 1. Januar 2006 beginnen. Dann werde ich 20 Jahre Mitglied des Gemeinderates sein. Vor zwölf Jahren wurde ich in einer Kampfwahl im zweiten Wahlgang aus der Mitte des Gemeinderates vom Volk als Vizeammann (Vize-Stadtpräsident) gewählt. Am 25. September 2005 wurde ich ohne Gegenkandidatur als Vizeammann wiedergewählt. Die Gemeinderatstätigkeit und die Tätigkeit als Nationalrat machen bei mir das berufliche Vollamt aus. Somit gehöre ich zu den politischen Vollzeitern.

Wintersession, 28. November – 16. Dezember 2005

Besucherinnen und Besucher sind im Bundeshaus während den Sessionen sehr willkommen.

Mit herzlichen Grüssen

Heiner

Heiner Studer, Austr. 17, 5430 Wettingen, Tel. 056 426 50 55
heinerstuder@hotmail.com, heiner.studer@parl.ch

Nationalrat: Tel. 031 322 99 11, Fax 031 322 78 04 (während den Sessionen)

15.10.2005